Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 30.05.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen

Erklärtes sozial- und arbeitsmarktpolitisches Ziel der rot-grün-blauen Koalition ist es, keinen Menschen zurückzulassen. Alle sollen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, auf ein selbsterzieltes Einkommen und auf gute Bildung haben. Leider hatten vor allem junge Menschen in der Vergangenheit eben nicht alle diese Chancen. Die Zahl der Schulabbrecher und die Zahl der jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz ist hier in Schleswig-Holstein noch eindeutig zu hoch. Wir müssen erkennen, dass die gängigen Mittel und Wege nicht immer zum Erfolg führen. Die Konsequenz daraus dürfte allen klar sein: Wenn wir wirklich allen eine echte Chance auf Ausbildung und Beruf geben wollen, muss sich etwas ändern. SSW, Grüne und SPD wollen deshalb auch neue Ansätze bei der Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen prüfen.

Die Einrichtung von Jugendberufsagenturen könnte ein solcher neuer und vielversprechender Weg sein. Für meine Partei muss ich jedenfalls ganz klar sagen: Die überwiegend positiven Erfahrungen der Hamburger mit diesem Modell sollten wir zum Anlass nehmen, um die Anwendbarkeit bei uns in Schleswig-Holstein zu prüfen. Und ich halte es für besonders lohnend, wenn wir das Ganze so unvoreingenommen wie möglich angehen. Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen einer Stadt wie Hamburg und einem Flächenland wie Schleswig-Holstein. Aber die Idee, die Vermittlungsleistungen für Unter-25-jährige unter einem Dach zusammenzufassen, hat grundsätzlich Charme. Und wie gesagt: Das Beispiel Hamburg zeigt, dass die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen

Jugendamt, Jobcenter und Arbeitsagentur gute Ergebnisse im Sinne der jungen Menschen bringt.

Eins will ich in diesem Zusammenhang deutlich sagen: Uns geht es mit dieser Initiative nicht darum, junge Menschen zu kontrollieren oder zu überwachen und Druck auszuüben. Ganz im Gegenteil: Wir setzen auf Freiwilligkeit und Kooperation. Unser Ziel ist es, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Gang zu verschiedenen Behörden zu ersparen und ihnen passgenauere Angebote zu machen. Sie sollen in den Bereichen Ausbildung, Beschäftigung oder schulische Bildung individueller beraten werden. Und uns ist klar, dass eine solche Jugendberufsagentur Menschen anspricht, für die Zwang und Druck nicht selten kontraproduktiv wirken. Beraten wird also nur, wer das auch wirklich will.

In der aktuellen Situation werden viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene in irgendwelchen Übergangssystemen geparkt. Viele sehen nach einiger Zeit kaum noch Perspektiven für ihre Zukunft. Ich hoffe deshalb, dass wir uns über die Notwendigkeit von effektiveren Instrumenten für die Begleitung von Jugendlichen auf den Weg in Beruf und Ausbildung einigen können. Beim Thema Jugendberufsagentur geht es mit Sicherheit nicht darum, blind von Hamburg zu kopieren. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung nicht nur darum, eine Übertragbarkeit des gesamten Modells, sondern eben auch die Anwendbarkeit einzelner Elemente zu prüfen.

Um ehrlich zu sein: Die Vermittlungsquoten und die geringe Zahl der jungen Menschen in Hamburg, die im Übergang Schule-Beruf verloren gehen, beeindrucken mich sehr. Und trotzdem halte ich es für wichtig, zum Beispiel Fragen in Richtung Datenschutz gründlich nachzugehen und die Situation kleiner Träger mitzudenken, damit sie nicht unter die Räder kommen. Man darf ja nicht vergessen, dass wir vielerorts gut funktionierende Strukturen haben, die auf keinen Fall zerschlagen werden dürfen. Deshalb sehen wir in Jugendberufsagenturen auch nicht das Allheilmittel. Soll heißen: Wir werden auch die anderen wichtigen Maßnahmen nicht aus den Augen verlieren. Der SSW würde es zum Beispiel sehr bedauerlich finden, wenn wir zwar die rechtskreisübergreifende Betreuung nach Hamburger Vorbild einführen aber gleichzeitig auf Produktionsschulen verzichten. Denn wir brauchen vielfältige Möglichkeiten, um junge Menschen in ihrer Lebenswelt abholen und optimal fördern zu können. Und ich denke, mit unserem Antrag sind wir auf einem guten Weg.